



05. Januar 2011

Große Resonanz

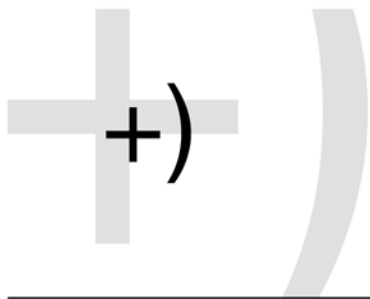
### **Nordelbische Kirche sammelt rund 9200 Unterschriften für Hebammen**

Kiel (frb/tk). Mehr als 9200 Menschen haben bislang einen Brief unterzeichnet, mit dem die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche eine stärkere politische Unterstützung für Hebammen anmahnt. Am Epiphaniastag (Donnerstag, 6. Januar 2011) endet die Aktion, an der sich viele Kirchengemeinden und Einrichtungen seit dem 6. Dezember 2010 beteiligt haben. Die Nordelbische Kirche sowie die Hebammenverbände Schleswig-Holstein und Hamburg wollen mit dem Schreiben an Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler auf die drohende Unterversorgung von Frauen und Kindern unter der Geburt durch freiberufliche Hebammen aufmerksam machen.

„Wir gehen davon aus, dass noch mehr Unterschriften zusammenkommen“, sagte Gothart Magaard, Bischofsbevollmächtigter im Sprengel Schleswig und Holstein. Alle Kirchengemeinden, Einrichtungen und Einzelpersonen, die in den letzten Wochen weitere Unterschriften gesammelt haben, sollten diese in den nächsten Tagen an die Adresse der federführenden Bischofskanzlei Schleswig (Plessenstraße 5a, 24837 Schleswig) senden. Die bisher gesammelten Unterschriften kämen aus dem ganzen Norden: „Lübeck und Hamburg sind ebenso vertreten wie Eutin oder Föhr.“ Die Aktion habe aber auch über Norddeutschland hinaus gewirkt.

Propst Jürgen F. Bollmann, Ständiger bischöflicher Stellvertreter im Sprengel Hamburg und Lübeck, zeigte sich erfreut über die große Resonanz der Aktion: „Pastorinnen und Pastoren haben gemeinsam mit Hebammen während der Abkündigungen in Gottesdiensten über die Arbeitssituation von freiberuflichen Hebammen aufgeklärt, Kindertagesstätten haben Unterschriften gesammelt, Einzelpersonen haben uns Karten geschickt – das ist gerade in einer so umtriebigen Zeit wie den Wochen vor Weihnachten nicht selbstverständlich.“

Auch hätten Hebammen persönliche Schreiben an die bischöflichen Personen geschickt, in denen sie für die Aktion danken und schildern, dass sie die geburtsbegleitende Tätigkeit voraussichtlich spätestens im Sommer aufgeben müssen. „Diese Einzelschicksale berühren uns natürlich sehr“, so Propst Bollmann.



Derzeit wird versucht, einen Termin in Berlin zu vereinbaren, um das Schreiben an den Bundesgesundheitsminister mit den eingegangenen Unterschriften persönlich zu überreichen. Sobald das Datum feststeht, wird der Übergabetermin auch öffentlich bekanntgegeben. „In der direkten Begegnung mit den Politikern wollen wir zeigen, dass es um mehr geht, als um die Existenz einer einzelnen kleinen Berufsgruppe“, sagte Magaard. „Unsere Gesellschaft muss Menschen Mut machen, Kinder zu bekommen. Deshalb muss weiterhin sichergestellt sein, dass die Vertrauensbeziehung zwischen den werdenden Eltern und den begleitenden Fachkräften nicht durch unnötigen Wechsel unterbrochen wird.“

Hintergrund der Aktion ist die schlechte wirtschaftliche Situation der geburtsbegleitend tätigen Hebammen. Viele sind durch eine drastische Erhöhung ihrer Berufshaftpflichtversicherung seit dem 1. Juli 2010 in ihrer beruflichen Existenz bedroht. So muss eine Hebamme aus ihrem durchschnittlich zu versteuernden Jahreseinkommen von 14.000 Euro eine Prämie von rund 3.700 Euro zahlen. Seitdem haben bereits 10 Prozent der freiberuflich geburtsbegleitend tätigen Hebammen diesen Arbeitsbereich aufgeben müssen. Da zu befürchten ist, dass dieser Negativtrend anhält, soll Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler mit der Aktion dazu aufgefordert werden, der drohenden Unterversorgung von Frauen und Kindern insbesondere in ländlichen Räumen schnellstmöglich entgegenzuwirken.

Für Rückfragen:

Pastorin Dorothea Frauböse, Pressereferentin Bischofskanzlei Schleswig,  
Mobil 01 76 - 32 04 16 96

Pastor Thomas Kärst, stellv. Pressesprecher, Tel. 0 40 - 36 90 02 16  
oder Mobil 01 51 - 52 54 75 26